

Herrn Bürgermeister
Franz Dobusch
Altes Rathaus, Linz

Antrag gem § 12 StL 1992 betreffend:

Resolution – Förderung von Familien statt „Homo-Ehen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der österreichischen Bundesregierung gibt es Pläne, in absehbarer Zeit eine ehe-ähnliche Form der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft („Homo-Ehe“), einzuführen. Diskutiert wird derzeit unter anderem darüber, ob eine solche „Homo-Ehe“ am Standesamt oder vor einer anderen Behörde geschlossen werden sollte.

Zu dieser Diskussion ist festzuhalten, dass die Ehe nach § 44 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) wie folgt definiert ist: *„In dem Ehevertrage erklären zwey Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitig Beystand zu leisten.“*

Dieser ursprüngliche Sinn der Ehe (nämlich rechtlich begünstigte Rahmenbedingungen, um für Nachwuchs zu sorgen) besitzt heute mehr Aktualität denn je. So wurden im ersten Halbjahr 2009 in Oberösterreich um 3,1 Prozent weniger Kinder geboren als im Vorjahr. Damit liegt unser Bundesland noch schlechter als der österreichische Durchschnitt mit einem Rückgang von „nur“ 2,7 Prozent. Die derzeit herrschende Geburtenrate von unter 1,4 Kindern pro Frau ist – wie in den meisten europäischen Ländern – nicht ausreichend.

Damit droht eine Überalterung unserer Gesellschaft und die damit einhergehende Unfinanzierbarkeit des bestehenden Pensionssystems. Die Folgen wären entweder ein drastisch erhöhtes Pensionsantrittsalter, eine deutliche Senkung der Pensionszahlungen oder beides.

Die Regelung der Ehe ist zugunsten des öffentlichen Interesses an neuen Generationen, Bürgern, Beitragszahlern in den Generationenvertrag und Steuerzahlern entschieden worden. Allein deshalb wäre es verfehlt, eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft, aus der keine Kinder hervorgehen können, mit der Ehe gleichzustellen.

An einer rechtlichen Begünstigung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften besteht kein staatliches Interesse. Ein Vorteil für den Staat und die Allgemeinheit ist nicht auszumachen. Zeit und Energie der Bundesregierung sollten daher lieber für die gezielte Förderung unserer Familien statt für derartige gesellschaftspolitische „Orchideenthemen“ investiert werden.

In diesem Zusammenhang stellen wir den Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Linz beschlieÙe folgende

Resolution an die österreiche Bundesregierung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz spricht sich gegen die Einführung einer „Homo-Ehe“ aus und ersucht darum, stattdessen die traditionellen Werte von Ehe und Familie zu bewahren sowie die Bedingungen für Familien mit Kindern – beispielsweise durch Einführung des „Familien-Steuer splitting“ – zu verbessern.

Wir ersuchen Sie, diesen Antrag in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufzunehmen.

Berichterstatter: StR Detlef Wimmer

Linz, am 16.11.2009